

**Der Finanzplan der Stadt Wien.**

Deckung des Abganges von 27 Millionen aus Klassenbeständen und aus dem Ergebnisse der Preiserhöhungen bei Straßenbahnen, Gas- und Elektrizitätswerken.

Der Haushalt der Stadt Wien weist ein sehr großes Defizit auf: 27 Millionen! Die Ursachen dieses großen Abganges haben wir bereits ausführlich erörtert: Die neuen Steuererlasse, die Zuschläge zu den Erwerbsteuern, die Sanitätszuschläge, die 3prozentige Erhöhung der Frachttarife, die vermehrten Kosten aus der Sanitätspflege zur Verhütung der Ausbreitung der Kriegsepidemien, die Verluste aus dem Lebensmittelgeschäft, die Kohlentenerung, und vor allem die Steigerung der Löhne und Gewährung von Feuerungszulagen und die Durchführung der Lehrergehaltsregulierung. Hat doch die Gemeinde Wien für die erhöhten Personalauslagen und für die Kosten der Lehrergehaltsregulierung im derzeitigen Verwaltungsjahre allein zwanzig Millionen gebraucht. 20 Millionen für die Kriegszulagen der Beamten und Angestellten und für die Lehrergehaltsregulierung per Jahr — die Ziffer spricht für sich selbst genug!

Wenn wir hiemit die Lage der städtischen Finanzen kurz besprechen, beziehen wir uns auf Mitteilungen, welche uns heute im Rathause von wohlunterrichteter Seite gegeben wurden:

Das Defizit beträgt rund 27 Millionen — in Budapest, wie bemerkt sei, 37 Millionen. Von diesen 27 Millionen werden 17 Millionen aus den Klassenbeständen bedeckt, so daß noch eine Summe von 10 Millionen aufzubringen ist. Es ergibt sich da die eigentümliche Lage, daß die Gemeinde einerseits über Geld in Hülle verfügt, da ihr aus den Anleihen Riesensummen zur Verfügung stehen, andererseits aber sich in arger Verlegenheit befindet. Denn die Anleihegeber dürfen nicht für die laufenden Ausgaben, wie für die Gehaltserhöhungen usw. verwendet werden.

Eine Umlagenerhöhung wird ganz gewiß nicht vorgenommen. Auch von neuen Steuern ist keine Rede. Der Finanzplan der Gemeindeverwaltung geht vielmehr dahin, durch Tarif- und Preiserhöhungen bei den größten ihrer städtischen Unternehmungen, den Straßenbahnen, den Gas- und Elektrizitätswerken ein Mehr an Einnahmen zu erzielen, das jene zehn Millionen deckt.

Es werden also in den nächsten Tagen die Direktionen der genannten städtischen Großbetriebe und die magistratischen Ämter Berechnungen aufstellen und prüfen, welche Tarifierhöhungen unumgänglich notwendig sind, um die fehlende Summe dem Stadtsäckel zuführen zu können.

Bei den städtischen Straßenbahnen wird der Einheitstarif eingeführt werden. Der „20-Seller-Tarif“, der solange schon angekündigt worden ist, kommt nun doch. Im allgemeinen wird ein gewisser Ausgleich eintreten: Der Fahrgast wird einmal statt 22 Heller 20 Heller und dann statt 16 Heller 20 Heller bezahlen. Freilich, bei jenem großen Teil der Angestellten und Bediensteten, die z. B. in einem der inneren Bezirke (Wieden, Neubau, Alsergrund usw.) wohnen und ihren Beruf in der Inneren Stadt ausüben, wird sich die Preiserhöhung schon deutlich fühlbar machen. Die kleinen Leute werden nun für jede ihrer Fahrten vier Heller mehr bezahlen müssen, das wären angenommen zwölf Heller Fahrpreiserhöhung im Tag, für kleine Leute eine empfindliche Teuerung!

Die Gaswerke dürften um zwei Heller per Kubikzentimeter teurer werden. Es sei da bemerkt, daß das Gaswerk der Gemeinde Wien als letztes aller Gaswerke in Europa mit seinen Preisen in

Die Tarifierhöhung bei den Elektrizitätswerken wird ungefähr so wie vor einigen Monaten vor sich gehen: Die kleinen Verbraucher werden geschont, die größeren stärker herangezogen werden. (Auf der letzten Tagung der Vereinigung der Elektrizitätsgesellschaften ist schon der Beschluß gefaßt worden, eine Erhöhung der Preise vorzunehmen. Anmerkung.)

Dies der städtische Finanzplan, der in kurzer Zeit dem Stadt- und Gemeinderate vorliegen und dort zweifellos genehmigt werden wird.